

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Der Reichskanzler zur Lage.

Paris, 17. April. (Eca.) Der Berliner Vertreter des „Wahrn“ hatte eine Unterredung mit dem Reichskanzler Marx über die Stellungnahme Deutschlands zu den Sachverständigenberichten. Reichskanzler Marx erklärte, die deutsche Antwort an die Reparationskommission bedeute, daß die deutsche Regierung den Prinzipien, die den Bericht des ersten Sachverständigenausschusses geleitet haben, zustimme. Dieser Bericht beruhe auf einer eingehenden Studie, aber selbstverständlich müsse eine gewisse Anzahl von Punkten aufgeklärt werden. Bei näherem Zusehen könnten einige Dunkelheiten und selbst

### einige Widersprüche

erkannt werden. Im Bedarfsfalle würden lediglich einige Vertreter nach Paris zu schicken sein, um gewisse sich auf die Reparationskommission beziehende Einzelheiten der Sachverständigenpläne genauer zu bestimmen.

Auf eine Frage des Berichterstatters, ob die Regierung auf die Kritiken der deutschen Presse, insbesondere bezüglich des Betrages der zu zahlenden Jahresleistungen und der Unsicherheit über die Gesamthöhe der Reparationen eingehen werde, antwortete Marx, die Einschränkungen, von denen die Pläne sprechen, würden ihm nicht unüberwindbar

erscheinen. E seien die Jahresleistungen zu hoch, so werde man das bald bemerken. Die Grenze der Zahlungen würde nicht allein aus der deutschen Zahlungsfähigkeit hervorgehen, sondern aus der Haltung der Gläubiger gegenüber der deutschen Konkurrenz. Wenn man voraussetzt, daß wir von 1928 an 2 1/2 Milliarden, wie die Sachverständigen vorschlagen, zahlen können, so können diese Zahlungen nur dank dem Ueberfluß unserer Produktion vorgenommen werden. Diese Hypothese legt eine detaillierte Entwicklung der deutschen Ausfuhr voraus, daß die neutralen Märkte dadurch beeinträchtigt werden könnten. Wer weiß, ob nicht gewisse neutrale oder alliierte Länder diese Ausfuhr für ihre eigene Industrie bedrohlich finden werden. Aus demselben Grunde sei die sofortige Festsetzung der gesamten Höhe der deutschen Schuld unbedingt erforderlich. „Ich weiß nicht“, sagte der Reichskanzler, „ob die Reparationskommission die Absicht hat, endgültig ihre Forderungen festzusetzen. Bereits jetzt könne man sie annähernd abschätzen, indem man sich z. B. auf die für die Amortisierung der Eisenbahnbonds des Reiches vorgesehene Frist stützt. Aber ich neige der Auffassung zu, daß die Lösung dieser Frage der Zukunft angehört. Die Erfahrung wird darüber entscheiden, in welchem Maße die Schlussfolgerungen der Sachverständigen ergänzt oder verstärkt werden können.“

Auf die Frage des Berichterstatters: „Wird die deutsche Regierung die

### Sachverständigenberichte in ihrer Gesamtheit

annehmen, wenn sie hierzu aufgefordert wird?“, antwortete der Reichskanzler: „Die Sachverständigen haben erklärt, daß ihre Schlussfolgerungen ein einheitliches Ganzes sind und daß man die Schlussfolgerungen entweder ganz annehmen oder ablehnen muß. Da sie eine praktische Lösung der Reparationsfrage geben sollen, müssen wir annehmen, daß ihre Formeln kein Dogma darstellen und daß sie sich nach und nach der Praxis anpassen. Deutschland muß seine wirtschaftliche, finanzielle und politische Souveränität im besetzten Gebiet wiedererhalten. Es muß sowohl in den Wiederbesitz seiner Verwaltungen wie auch seiner Eisenbahnen kommen. Wir wissen, daß die Begnadigung der politisch Verurteilten und die Rückkehr der Ausgewiesenen automatisch aus dem neuen Stand der Dinge hervorgehen wird. Das ist für uns

### eine moralische Notwendigkeit,

und es ist einer Regierung, heiße sie wie sie wolle, nicht möglich, vom deutschen Volke die Lasten, die ihm auferlegt sind, gutheissen zu lassen, wenn man ihm nichts dafür gibt. Es ist notwendig, daß das Volk sich darüber Rechenschaft ablegt, daß seine Opfer ein Ziel haben, nämlich dasjenige, Rhein und Ruhr zu befreien und daß diese Befreiung kein leeres Wort ist.“

Auf die Frage, ob man nicht bis in gewisse offizielle Kreise hinein die Aufgabe der militärischen Besetzung verlangt habe, sagte der Reichskanzler, daß es vor einer Antwort gut sei, die Motive ins Auge zu fassen, die nach der Auffassung Poincarés die Ruhrbesetzung gerechtfertigt haben. Diese Besetzung hatte zum Ziel die Ausbeutung eines besonderen Pfandes. Der Sachverständigenplan sieht den Austausch dieser Garantien allgemeiner Art vor. Es scheint mir, daß infolge dieses Austausches die

### Ruhrbesetzung keine Daseinsberechtigung

mehr haben würde.“ Auf eine weitere Frage des Berichterstatters, ob der Reichskanzler glaube, daß die Probleme in der Hauptsache politischer Art seien und nicht von den Sachverständigen behandelt werden können, sondern in die allgemeine Diskussion gestellt werden sollen, antwortete Reichskanzler Marx, daß ihm dies für den Augenblick unermesslich erscheine.

„Nimmt denn — fragte der Berichterstatter weiter — die deutsche Regierung keine Lösung der Sicherheitsfrage ins Auge, und erscheinen ihr gewisse Anregungen bezüglich der Neutralisierung des Rheinlandes annehmbar?“ Der Reichskanzler antwortete: „Die Neutralisierungspläne, die bis heute veröffentlicht worden sind, fordern zu ernsthaften Einwendungen heraus. Was die Entmilitarisierung angeht, so ist sie durch den Versailler Vertrag vorgegeben. Die Frage der „Sicherheiten“ wird an dem Tage ver-

einsicht sein, an dem das Reparationsproblem endgültig gelöst ist. Es kann dies nur auf der

### Grundlage eines gegenseitigen Vertrauens

geschehen. Dieses Vertrauen darf nicht nur in der Beseitigung der Mißverständnisse bestehen; ich wünsche, daß es ein aktives Gefühl wird, geneigt, die Beziehungen unserer beiden Länder umzuformen.“

### Die deutsche Antwort.

#### Vorläufige Stellungnahme der Reparationskommission.

Paris, 17. April. (WIB.) „Petit Parisien“ berichtet, die Reparationskommission würde heute vormittag in offizieller Sitzung zur Erledigung der laufenden Angelegenheiten zusammentreten. Wahrscheinlich würden sämtliche Delegierte anwesend sein und sich am Schluß der Sitzung offiziell zusammensetzen, um ihre Einblicke bezüglich der deutschen Antwort auszutauschen. Wahrscheinlich würden sie zu der Ansicht gelangen, daß die Form der Antwort ihnen die Möglichkeit gebe, den alliierten Regierungen die jetzigen Entschuldigungen der Sachverständigen, die unter ihre Kompetenz fallen, zur Annahme zu empfehlen. In einer neuen offiziellen Sitzung werde dann der Wortlaut der Empfehlung an die alliierten Regierungen festgelegt und höchstwahrscheinlich beschlossen werden, mit der Aufstellung eines den Sachverständigenvorschlügen entsprechenden Planes zu beginnen. Bei der Nähe der Feiertage würden die Delegierten sich jedoch wahrscheinlich auf nächste Woche versetzen.

Paris, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Antwort der deutschen Regierung auf die Note der Reparationskommission ist am Mittwochabend durch die Kriegeslosungskommission überreicht worden. Vorläufiglich wird die Reparationskommission morgen, Donnerstag, über die weitere Behandlung der Sachverständigenberichte Beschluß fassen. Ueber die Art des Vorgehens bestehen in politischen Kreisen zwei Auffassungen. Die eine neigt dazu, daß die weitere Entscheidung den alliierten Regierungen überlassen werden wird. Das müßte dazu führen, daß zuletzt die politischen Probleme, wie der von Frankreich betriebene Ausbau der von den Experten vorgeschlagenen Garantien sowie die Festlegung von Sanktionen, in den Vordergrund geschoben würden. Im anderen Lager dagegen wünscht man, daß zunächst die Reparationskommission die Vorschläge der Sachverständigen zu einem endgültigen Programm verarbeite, weil dadurch eine Verständigung über die politische Seite des Problems für leichter gehalten wird, indem die beteiligten Regierungen nicht mehr unüberwindlichen Vorschlägen, sondern einem von der Reparationskommission begünstigten endgültigen Plan gegenüberstünden. Die französische Regierung scheint, wie bereits am Dienstag der „Temps“ andeutete und Poincaré in seiner Dienstagrede sehr deutlich zu erkennen gab, diesem zweiten Weg den Vorzug zu geben. In unterrichteten Kreisen glaubt man, daß auch die Reparationskommission sich für ihn entscheiden wird.

### Belgien für eine Alliiertenkonferenz.

London, 17. April. (WIB.) Der Brüsseler Berichterstatter der „Times“ meldet, die Erklärung Macdonalds im Unterhaus über die britische Haltung gegenüber dem Bericht der Sachverständigen habe in belgischen Kreisen einen sehr günstigen Eindruck gemacht. Die belgische Regierung sei der Ansicht, daß keine Zeit verloren werden sollte, um die Erörterungen am konferenztisch zu eröffnen, und daß nur Gutes von einer interalliierten Zusammenkunft entstehen könne, jezt, wo eine gemeinsame Grundlage für eine solche Konferenz gefunden worden sei.

### Altenaustausch Schweiz-Italien.

#### Die Untersuchung der Grenzvorgänge.

Bern, 17. April. (WIB.) Der italienische Gesandte Garbasso hatte am Dienstagabend eine weitere Unterredung mit dem Vortrager des politischen Departements. Er sprach dem Bundesrat den Dank des italienischen Ministerpräsidenten und die Zufriedenheit einer raschen Vornahme der Untersuchung über die Zwischenfälle an der italienisch-schweizerischen Grenze aus. Die italienische Regierung, die eine Untersuchung über den Vorfall in Varese angeordnet hat, erklärte sich mit dem Altenaustausch einverstanden. Der schweizerische Gesandte in Rom hatte am Dienstag eine in freundschaftlichem Ton geführte Unterredung mit dem Generalsekretär im Ministerium des Innern Contarini.

### Viertägige Börsenruhe.

Die bevorstehende viertägige Unterbrechung des Börsenverkehrs veranlaßte die Spekulation heute zu weitestgehender Zurückhaltung. Die Umsätze waren am gesamten Effektenmarkt minimal. Die beunruhigenden Gerüchte über Zahlungsschwierigkeiten sowohl im Bankgewerbe wie im Getreidehandel und am Metallmarkt zirkulieren noch immer. Heute logen besonders aus Hamburg wieder ungünstige Meldungen vor. Man mußte wohl noch allezeit mit weiteren unangenehmen Ueberraschungen rechnen.

Im internationalen Devisenverkehr behauptet der französische Frank den gestern erreichten Höchstkurs. Man handelt heute englische Pfunde in Berlin mit 69 1/2 - 69 3/4 Franken. Im offiziellen Devisenverkehr zeigt sich keinerlei Veränderung.

Am Geldmarkt ist tägliches Geld mit 1/2 Prozent und darunter zu haben. Rentenmarktfredite kommen so gut wie gar nicht zustande, man nennt einen Zinsfuß von 3 1/2 - 4 Prozent monatlich.

## Max Hölz.

### Spitzenkandidat der kommunistischen Reichsliste.

Die Zentrale der KPD. hat, wie die „Rote Fahne“ für die Provinz Brandenburg“ mitteilt, den Beschluß gefaßt, an die Spitze der kommunistischen Reichsliste — Max Hölz zu stellen. Hölz ist am 22. Juni 1921 wegen seiner Taten in Mitteldeutschland zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden, er besitzt also nicht die bürgerlichen Ehrenrechte. Die Stimmabgabe für ihn kann ihn aus dem Zuchthaus nicht befreien, sie ist nur eine Demonstration — und ein Programm.

Hölz, der zuvor im Bogtand sein Wesen getrieben hatte, war im März 1921 militärischer Führer des mitteldeutschen Aufstands, der zur Spaltung der KPD. führte und auf die ganze Partei eine Zeitlang stark ernüchternd wirkte. Die Art, wie dieser Aufstand mit den Mitteln der Provokation künstlich herbeigeführt worden war, erregte die stärkste Entrüstung der nicht völlig fanatisierten und moralisch höherstehenden Teile der kommunistischen Partei. Die sogenannte „Rote Armee“, die in Mitteldeutschland zusammenlief, war, da ihr jede Möglichkeit regelmäßiger Verpflegung fehlte, auf Plünderungen angewiesen und beging auch sonst Ausschreitungen, die mit dem Kampfszweck in keinem Zusammenhang standen. Vom militärischen Standpunkt gesehen, war das ganze Unternehmen von geradezu kindischer Hilflosigkeit, es wurde von der Schutzpolizei erledigt, ohne daß es notwendig wurde, Reichswehr einzusetzen. Zahllose unwissende Arbeiter, die sich leichtsinnigerweise in dieses Abenteuer eingelassen hatten, erhielten schwere Zuchthaus- und Gefängnisstrafen. Die Sozialdemokratie nahm sich dieser Opfer kommunistischer Verheerung tatkräftig an und erwirkte für sie in zahlreichen Fällen Begnadigung. Auch für die unglücklichen Familien der Gefangenen wurde gesammelt.

Max Hölz war der militärische Führer dieser ausichtslosen Bewegung gewesen. Im Krieg Husarenunteroffizier, gehörte er zu jenen Naturen, denen das Kriegshandwerk angeborenes Handwerk ist. Aber über den Unteroffizier reichten seine militärischen Talente nicht hinaus und seine politischen Auffassungen sind verworren. Daß er, auch in dieser Beziehung echter königlich preussischer Unteroffizier, Gefangene in roher Weise mißhandelte, macht sein Bild nicht sympathischer. Er wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, weil ihm das Gericht die Schuld an der Erschießung des von den Aufständischen gefangen genommenen Gutsbesitzers Heß beimaß, eine Schuld, die er auch jetzt noch auf das entschiedenste bestritt.

Sicher ist, daß Hölz viel besser davon gekommen wäre, wenn er statt mit den Kommunisten mit den Rechtspuichisten Solbat gespielt hätte.

Die Beziehungen zwischen Hölz und der KPD. waren längere Zeit nach der Verurteilung getrübt. Die Partei rückte von dem stark kompromittierten Bandenführer ab, man vermied es, ihn als Parteigenossen zu bezeichnen, und nur die von der Partei abgesplitterte ultra-ultrarevolutionäre kommunistische Arbeiterpartei bekannte sich noch begeistert zu ihm. Er selbst beklagte sich im Zuchthaus bitter über die vollkommene Vernachlässigung, die ihm seine früheren Freunde angedeihen ließen, er bekannte, schwere Fehler begangen zu haben, die er nie wiederholen würde, und Strafe verdient zu haben. Nur seine Schuld an der Ermordung des Gutsbesitzers Heß bestritt er nach wie vor auf das nachdrücklichste. Er wandte sich an die Sozialdemokratische Partei mit der Bitte, für die Wiederaufnahme des Verfahrens zu wirken.

Das ist Max Hölz, und dieser Max Hölz ist nun Spitzenkandidat der kommunistischen Reichsliste für die Reichstagswahl 1924!

Welchen Hölz hat nun die Zentrale der KPD. die höchste Ehre, die eine Partei einem Mann zuteil werden lassen kann, zuerkannt? Dem Hölz, der in der Zelle die Sinnlosigkeit des kommunistischen Treibens erkannt und seine Abkehr von ihm verkündet hat? Oder dem Hölz, der mit seinen Banden ziellose Gewalttaten verübte und wehrlose Gefangene körperlich mißhandelte? Sicher nicht dem zweiten, sondern dem ersten. Denn die kommunistische Partei hat ja in neuester Zeit ihren Wandel vollzogen, sie hat sich unter die Führung ihres linken Flügels gestellt und zu einem rein militärischen Programm der Innen- und Außenpolitik bestimmt. Das Parlament ist nichts, die Demokratie ist nichts, Gründe sind nichts, Geist ist nichts, die Waffe ist alles. Die Organisierung bewaffneter Kämpfe, und seien es auch nur „Leitkämpfe“, ist das A und O des kommunistischen Handelns.

Damit hat die KPD. endgültig aufgehört eine Arbeiterpartei zu sein, und damit hat sie aufgehört, eine revolutionäre Partei zu sein. Eine Arbeiterpartei ist sie nicht mehr, weil die Arbeiterschaft in ihrer erdrückenden Mehrzahl das blutige Waffenhandwerk verabscheut und von keiner Sorte Militarismus, mag er sich noch so sehr mit roten Fahnen schmücken, etwas wissen will. Eine revolutionäre Partei ist sie nicht, weil die sinnlose Butscherei nichts als eine Karikatur einer revolutionären Bewegung und der gerade Gegensatz von ihr ist. Butsche kann man machen, Revolutionen nicht.

Der Weg der KPD. ist klar vorgezeichnet. Sie wird mit ihrem Programm des bewaffneten Aufstandes verschiedene Elemente gewinnen, bloß Arbeiter nicht. Das ist ein Programm für Lumpenproletariat, die im Abenteuer eine Wendung ihres persönlichen Lebensschicksals suchen, nicht für Proletariat. Ueber die Butscherei führt der Weg von der Revolution weg zu jenem Zustand, für den die russischen Sozia-

listen nach der ersten russischen Revolution den Namen „Bordismus“ fanden. Das ist das Verdern einer revolutionären Bewegung in den Niederungen des gemeinen Verbrechens.

Die gefunden proletarischen Elemente der SPD. werden dann aber ihren Weg zur Sozialdemokratie bald wieder zurückfinden.

Das ist die Entwicklung, die in dem Namen Max Hölz als des Spitzenkandidaten der kommunistischen Reichsliste symbolisiert wird. Die kommunistische Fraktion, die diesmal unter der Firma Max Hölz in den Reichstag einrücken wird, wird entweder das, was dieser Spitzenkandidat früher einmal für Politik gehalten hat, die sinnlose Putscherei, gründlich abschöpfen müssen — sie wird entweder nach Art der Sozialdemokraten praktische Politik treiben müssen oder es wird künftig kein Arbeiter mehr so hinverbrannt sein, einem Mitglied der „Fraktion Max Hölz“ seine Stimme zu geben.

In drei Jahren hat die SPD. den Fehlerkreis vollendet, von Max Hölz weg — zurück zu Max Hölz! Und der Mann, der selber den Putsch abgelehrt und bereut hat, erscheint jetzt wieder als Repräsentant eines rein putschistischen Programms!

Wer sich so in die Schlingen der eigenen Verwirrung verstrickt hat, der kommt nicht wieder heraus.

### Die Völkischen eine Gefahr. Sagen die Deutschnationalen.

Die völkische Bewegung ist ein Kind der Deutschnationalen Partei. Außerlich geben sich die Deutschnationalen den Anschein, als seien sie auch heute noch die treuesten Begonnenen und Schirmherren der Deutschvölkischen. Innerlich haben sie längst erkannt, daß der völkische Rummel, der aufgezogen wurde, um der Sozialdemokratie den Garaus zu machen, für sie selbst eine viel größere Gefahr ist als für die „Margariten“. Sie versuchen zunächst, das völkische Radaubemagogentum durch noch lautere Phrasendrescherei zu übertönen. Als das nicht gelang, bildeten sie den „völkischen Ausschuß“, um einen Teil der Völkischen irre-zuleiten.

Aber auch dieser Trick scheint auf die deutschnationalen und deutschvölkischen Wähler keinen Eindruck zu machen. Selbst fanatische Deutschnationale wie der alte Kämpfer der Konfessionen v. Oldenburg-Januschau lassen sich von den deutschvölkischen Sturmposaunen berauschen und kehren ihrer alten Partei den Rücken. Das scheint der deutschnationalen Parteileitung schwer in die Knochen gefahren zu sein und man unternimmt nunmehr in zwölfster Stunde einen letzten Verzweiflungsschritt, man versucht es mit der — Wahrheit. In der „Deutschen Tageszeitung“ nimmt deren Chefredakteur Paul Baeder, nur ungern, wie er sagt, dem immer dringender werdenden Verlangen seiner Leser folgend, Stellung zur „Deutschvölkischen Freiheit“.

Vor allem nimmt sich Paul Baeder das Wirtschaftsprogramm der Deutschvölkischen vor und es ist amüßant zu sehen, wie er dabei von einem Entsetzen ins andere fällt. Die Großbanken sollen verstaatlicht, die Finanzmacht gebrochen und Grund und Boden nicht mehr durch das Privatkapital besessen werden. Der Staat soll durch Bankrotterklärung seine bisherigen Schulden abschütteln, er soll sich als wirtschaftlicher Unternehmer größten Stills stabilisieren, er soll das Wohnungswesen in eigene Hand nehmen... Wie sollte einem Großagraren da nicht das Herz stillstehen. „Das ist genau die Meinung der Sozialdemokraten!“ ruft Paul Baeder entsetzt aus. „Das gesamte Finanz- und Wirtschaftsprogramm geht auf Sozialisierung und Zwangswirtschaft größten Stills hinaus... wie überhaupt dieses Programm der Parteien, die den Juden Karl Marx endlich erledigen wollen, mehr geistige Anleihen beim Marxismus macht, als heute manche mehr kleinbürgerlich eingestellten Teile der deutschen Sozialdemokratie.“

Die Deutschvölkischen sozialistischer als die Sozialdemokratie — soweit ist man heute schon bei den Deutschnationalen

gekommen! Nur selbst, daß man erst jetzt diese Entdeckung macht. In der deutschvölkischen Presse preisen sich die völkischen Charlatane seit Wochen als die echten Vertreter des Sozialismus an, ohne daß sich eine deutschnationale Seele darüber aufzuhalten wagte. Die völkische Gefahr im deutschnationalen Lager muß also beträchtlich sein, wenn man sich endlich zu dem offenen Bekenntnis ausschwingt: „Der Feind steht rechts!“

Die Deutschvölkischen können die deutschnationale Fehde-anlage natürlich nicht unbeantwortet lassen und so bereitet sich im „nationalen“ Lager allerhand vor. Es ist vorauszu-sehen, daß sich eine Einheitsfront zwischen den Völkischen „Margariten“ und den Völkischen Deutschnationalen nach den Wahlen nicht herstellen lassen wird. Wie man sich unter diesen Umständen den antimargaritischen Bürger-block denkt, das mögen die Götter wissen!

### 5 1/2 Milliarden Besatzungskosten. Eine Denkschrift der Reichsregierung.

Die gewaltige Höhe der ohne jeden Nutzen für die Entente ausgegebenen und von Deutschland bezahlten Besatzungskosten geht aus einer Denkschrift hervor, die der Reichsminister für die besetzten Gebiete dem Reichstag vorgelegt hat. Danach wurden bis Ende vorigen Jahres 5,25 Milliarden Goldmark ausgeworfen. Nur ein kleiner Teil davon entfällt auf die Interalliierten Kommissionen, nämlich 100 Millionen Goldmark. 3,8 Milliarden sind sogenannte äußere Besatzungskosten, die zum Unterhalt der Besatzungsarmeen von den Besatzungsmächten auf Kosten Deutschlands ausgegeben wurden. Der Rest von 1,3 Milliarden sind die unmittelbaren Ausgaben Deutschlands für den Unterhalt der Besatzungsarmeen.

Ueber die davon im letzten Jahre aufgewandten Beträge unerrichtet folgende Uebersicht:

Alle besetzten Gebiete	895 717 946 G.-M.
und zwar für:	
1. Die Interalliierte Rheinlandkommission	21 494 777
2. Die Unterhaltung der Besatzungskosten in den Rheinlanden, Verpflegung, Karbord-schäfte, Requisitionsvorschüsse und Beschlag-nahmen	169 660 106
3. Grundstückserwerbungen, Neubauten und Umbauten	176 180 902
4. Instandhaltung der von den Besatzungs-truppen im Rheinland benutzten Grund-stücke und Bauarbeiten	5 119 555
5. Beschaffung und Unterhaltung der Ein-richtungsgegenstände für die Besatzungs-truppen im Rheinlande	14 208 962
6. Betriebskosten, und zwar: Heizung, Beleuchtung, Wasser-versorgung, Reinigung, kleinere Wirtschaftsbedürfnisse, Mieten	7 658 586
7. Geschäftsbedürfnisse, Schreibgebühren, ver-mittelte Ausgaben	775 187
8. Post-, Telegraphen- u. Fernspreckgebühren sowie Frachtkosten	108 803
9. Leistungen und Lieferungen der Reichs-eisenbahnverwaltung für die Besatzungs-truppen im Rheinland	486 111
10. Leistungen und Lieferungen der Reichs-postverwaltung für die Besatzungs-truppen im Rheinlande	42 417
	895 717 946 G.-M.

Diese Summe verteilt sich auf: Amerika 2 417 875, Belgien 82 427 735, England 80 667 426, Frankreich 250 198 540, Italien 6370 Goldmark. Die für den Unterhalt der Ruhrarmeen Deutschland aufgezwungenen unmittelbaren Leistungen betragen bis Ende Dezember 1923 nach den vorläufigen Feststellungen 54 Millionen Goldmark. Die durch den Ruhrstreik verursachten Schäden (sogen. Ruhrschäden) sind hier nicht berücksichtigt. Diese dürften noch viel größer sein.

Bei der Annahme des Sachverständigenberichtes durch die Regierung, wie sie grundsätzlich bereits ausgesprochen wurde, wären derartige Ausgaben von den Reparationsleistungen abzuziehen. Dadurch würde Frankreich schon mit Rücksicht auf den eigenen Haus-halt vor der Wahl stehen, ob es neue Goldmillarden zum Schaden

der deutschen und der französischen Steuerzahler für Besatzungs-truppen ausgeben will, oder ob es nicht besser daran liege, die Be-satzung verschwinden zu lassen. Dieses finanzielle Eigen-interesse Frankreichs an dem Abbau der Besatzung dürfte in seiner Wirkung stärker sein als alle nationalistischen Phra-sen, die, anstatt die Befreiung Deutschlands zu beschleunigen, im Gegenteil ein Borwand für die französischen Chauvinisten sind, um die Befreiung der Rheinlande und des Ruhrgebietes noch recht lange aufrechtzuerhalten.

### 200000 Mann Besatzungsarmee!

Die gleiche Denkschrift gibt auch Aufschluß über die Be-satzungsstärke.

Gelegentlich der Versailler Verhandlungen machte bekanntlich der französische Minister Loucheur Ausführungen, wonach die Besatzung im Rheinland die frühere deutsche Friedensbesatzung von rund 75 000 Köpfen nur wenig überschreiten sollte. In Wirklichkeit beträgt heute die Gesamtstärke der Besatzungsarmeen an Rhein und Ruhr rund 200 000 Köpfe. Davon sind 147 550 Franzosen (94 835 im altbesetzten und 52 715 im Ruhrgebiet).

### Wer schützt die Republik?

#### Ein Schritt des Republikanischen Reichsbundes.

Der Republikanische Reichsbund, der vor kurzem Anzeige gegen die Herren Kahr, Seiser und Löffow erstattete, hat nunmehr auch gegen den Reichsinnenminister Dr. Jarres beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich Klage wegen Verfassungs-bruch erhoben. Die Anzeige wird damit begründet, daß der Reichs-innenminister nach der Aufhebung des militärischen Ausnahme-zustandes durch den Reichspräsidenten für den Freistaat Bayern den von der verfassungswidrigen Regierung Krieger seit geöff-neten militärischen Ausnahmezustand ausdrücklich anerkannt hat, obwohl die Aufhebungsordnung des Reichspräsidenten eine solche Ausnahme nicht zugelassen hatte.

Gleichzeitig hat der Republikanische Reichsbund in einer Ein-gabe an den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und den ständigen Ausschuß des Reichstages Beschwerde darüber geführt, daß der Reichsminister des Inneren Dr. Stresemann durch seine Rede auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei die Interessen der deutschen Republik dadurch schwer schädigte, daß er sich als aktiver Minister für Monarchie und den Farben Schwarz-Weiß-Rot bekannte.

Außerdem ist in dem Schreiben scharfster Protest gegen das Verhalten des Ministers Dr. Jarres eingelegt worden, der bei der Todesfeier für den gestarbenen Ruhrkämpfer Willi Doepfer in empörender Weise die Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold beleidigt hat und zugleich sich noch für berechtigt ansah, in ein schwebendes Verfahren gegen den Professor Lud-wig Duidde öffentlich einzugreifen.

Der Deutsche Republikanische Reichsbund erklärt, daß solche verantwortungslose Handlungen, die aktive Minister unter dem Druck ihrer Regierungseides- und -amtspflichten im Parteinteresse begehen, nicht länger geduldet werden können, wenn das Ansehen der deut-schen Republik nicht geschädigt und die Interessen des deutschen Vol-kes nicht aufs schwerste verletzt werden sollen.

### Attendiebstahl in Weimar.

Weimar, 16. April. (Ill.) Vergangene Nacht ist im Land-tagsgebäude zu Weimar aus einem Arbeitszimmer im Minist-erium des Innern ein Aktentück gestohlen worden, aus Grund dessen beim Landtag die Aufhebung der Immunität des kommunistischen Abgeordneten Reubauer wegen Hoch-verrats beantragt wurde, die im Landtag in der Sitzung vom 15. d. M. beschlossen wurde. Das Aktentück hatte während der Ausschussberatung dazu gedient, eine ausführliche Begründung zu bilden. Seine Befestigung wird vermutlich den Gang der Unter-suchung gegen den Abg. Dr. Reubauer schwerwiegend beeinflussen.

Aus Eupen-Nalmedy berichtet die sozialdemokratische Antwerpen-er „Volks-Gazette“, daß viele dieser Ruhr-Belgier hoffen, die Ber-liner Regierung werde Belgien früher oder später ein Angebot auf Rückkauf des Gebietes machen; die Mehrheit der Bevölkerung könne sich nicht dazu entschließen, auf ihre deutsche Seele zu verzich-ten, um sich eine belgische anzuschaffen.

### Pirandello: „So ist es — ist es so?“

Theater in der Königgräber Straße.

Balzac, der die Hunderte von gefunden Menschencharakteren und auch die Tausende von Verrückten genau kannte, berichtet von einem deutschen Vater. Der Künstler erzählte von dem herrlichen Werke, das er zu schaffen bemüht sei. Jahrzehntelang hat er das. Die Kameraden hielten ihn für das höchste Genie. Das unbe-kannte Meisterwerk wurde berühmt in ganz Paris. Jeder wollte es sehen. Niemand durfte es sehen. Eines Tages führte der Vater einen Freund vor die verhüllte Stoffeile. Der Freund zitterte. Jetzt — das unbekannt Meisterwerk wird an den Tag kommen. Als er die Decke von der Weinwand hob, war die Mal-fläche leer. Er jedoch, der Meister, erklärte ganz sachlich, ganz selbstverständlich die Schönheit dessen, was er gemacht hat, was aber keiner sah. Wahnsinn, jahrzehntelang als Genie berühmt, ent-larvte sie plötzlich. So ist es — die nächste Antwort. Ist es so? die allernächste Frage. Luigi Pirandello, heute ein Schriftsteller von bald sechzig Jahren, der etwas verspätet zum Ruhme gelangt, hegt die Angewohnheit, nicht nur den Wahnsinn zu bejahren, son-dern ihn auch durch die skeptische Frage zu bezweifeln. Durch diesen Zweifel gefüllt er den kühleren Köpfen.

Erdbeben in Italien. Menschen wurden verschüttet. Drei blieben zurück: die alte Frau, die junge Frau, der Schwiegersohn der alten Dame. Oder nicht mehr der Schwiegersohn? Er meint, er habe die erste Gattin begraben. Die Mutter meint, sie lächle nach immer der lebenden Tochter zu. Irrt die Mutter? Irrt ihr Sohn? Ist sie wahnsinnig. Ist er wahnsinnig? Auch die Erscheinung der Totgegläubten, die von der Mutter als die Lebendige gehalten wird, löst gar kein Rätsel. Die Erscheinung erklärt sich selber: „Ich bin die Wahrheit, aber sie ist verhüllt wie das Bild von Sais.“ Kurz, das Geheimnis wird niemals offenbart. — So ist es — nein und ja. Ist es so? Ja oder nein.

Dieses Halbsicht, das ein ganzes Schauspiel für geschiedte Menschen aufstellen soll, verbreitet einige recht erfreuliche Erkennt-nisse, wenn auch gesagt sei, daß Gelpenserei, Detektivtum und Kriminalistik im Theater weniger kurzweilig sind als sorgsame Seelenforschung. Pirandello, der neuentdeckte Italiener, der heute schon ein Greis ist, verfügt über das gute Talent, die Menschen als freundliche Wesen darzustellen. Er ist ein Aquarellmaler der Kleinstadt. Da wir auf dem italienischen Theater immer nur die große Masse gesehen hatten, überrascht die Liebe Pirandellos für das Kleinbürgertum. Der Italiener ist aber auch ein Mann von Herz, und die politischen Verwicklungen, die er aufträgt, um sie schleunigt wieder zu verknäueln, sind nicht nur Lederstrumpf- und Hintertreppengeschichten, sondern beinahe menschliche Tragödien.

Uebrigens hat man das Stücklein mit Frida Richard und Johannes Riemann sehr zweckmäßig gespielt. Frau Richard, die trauernde Mutter, die nicht glauben mag, daß ihre Tochter des Todes einging, und die so zöghaft und stille ihren armen Eidam der Berrücktheit beschuldigt, ist ein Wunder des lakonischen Komö-diantentums. Die alte Dame ist von jet ab zu den verdienstvollsten Künstlerinnen zu zählen. Sie wurde nicht nur Herrin ihrer Rolle, sondern eine ganz bedeutende Berklärerin und Meisterin. Zum Lob des Herrn Riemann werde betont, daß er nicht verlogte, um einen verknüttelten Menschen darzustellen. Da er sonst immer den etwas übertriebenen Heldenfingling spielte, hat er sich mit großer Zuht verwandelt können. Rag Hochdorf.

### „Gasparone“ im Großen Schauspielhaus.

Gasparone ist die zweitbeste der zwanzig Operetten Mil-löckers, die beste bleibt der „Bettelstudent“. Der Musiker und der Dichter ist auch in Gasparone groß, und im Spenden von Rupies, Duos, Walzern und Märchen ist er so reich, daß man glaubt, einen Opernkomponisten vor sich zu haben. Das ehrt den lebenswürdigen Meister, belastet aber den Operettenschnur des Stückes, besonders wenn man es deht, statt zu fügen. Die Ermüdung des zweiten Akts wird durch den berühmten Schlogerwalzer des letzten zeit-gemacht. (Wir kennen ihn aus dem Lied: „Mutter, der Mann mit dem Kof“ ist da.) Während der ersten Stunde reichen sich die feinsten musikalischen Blecken die Hände; mit reizenden parodistischen Einfällen wechseln lede, ironische, immer vornehme, einprägnante und immer stark instrumentierte Brauoursätze. Im Legbuch ist die Figur des falken Gasparone, des Räubers in Edelmannskostüm und Stacehandschuhen, in die Mitte einer grotesken Liebesgeschichte und einer abenteuerlichen Schmutzlergesellschaft Sclitens gefest. Er stiehlt die Millionen einer schönen Frau, weil er weiß, daß deren Bräutigam von der Braut ablassen wird, sobald er merkt, wie bettel-arm sie ist. Seine Rechnung stimmt. Er bringt das Geroubte als Müggel für seine eigene Ehe wieder zurück.

Zuher spielt diesen eleganten Herzenräuber ganz mit gräf-lichen Anstand, ernst als Opernliebhaber. Cordy Willowisch, die schöne Carlotta, ist fast im Spiel, hat aber viel Ausdruck im Singsang. Auf der Musikseite der Aufführung steht auch der be-wegliche, scheinische Bezozzo Mahner, dessen Hände leider immer-fort tackern, und der prächtigste Humor der Josefina Dora mit ihrem verschmitzten Lächeln. Auf der Musikseite die italienische Schankwirtin der Ute Ruth, die nur hübsch aussieht, aber wenig Stimme und kaum Talent zur Soubrere hat. Ganz sehr am Dre-hans Wagh an a n. Wenn er spricht (was man so sprechen nennt), dann wirkt er komisch. Da aber die Partie des Koloni eine auf-gelegte Angelegenheit für einen guten Bariton ist, und da Waghmann überhaupt keine Stimme hat, so verkehrt er es mit der Gesangs-parodie. Die mußte mißlingen, weil sie weder zum Komiker noch zum Spiel dieser Operette paßt. Die Bühnenbilder Krehanns im ersten und dritten Akt hatten landschaftliche Buntheit, das Zimmer

des Mittelaktes war fürchterlich. Wobin man sah: Fenster, Treppen, Balkons — riesenhoch. Und das sollte ein Interieur sein! Rag Roth besüßte am Pult das Stück, das ausgezeichnet gefiel. R. E.

Wie das Herzklopfen entsteht. Das Herz ist die unermüdlche Pumpe, die den gesamten Blutkreislauf in unserem Körper in dauernder Bewegung erhält. Um dieser Aufgabe zu genügen, ist das Herz aus einer kolossalen Muskelmasse zusammengesetzt, die einen sehr hohen Druck auszuüben vermag. So läßt die linke Herzkammer, die gewissermaßen die Ausgangspforte des in der Lunge von der Kohlensture gereinigten Blutes ist, auf das Blut einen Druck von 200 Millimeter Quecksilber an. Ist es dem Herzen in-folge von Ueberarbeitung oder Schwäche nicht möglich, die so hohe Druckwirkung zu erzielen, so entstehen die sehr unangenehmen An-schwellungen der Gliedmaßen, meistens der Füße, wie sie bei Herz-kranken so oft vorkommen. Wie jedes Organ wird auch das Herz von nervösen Impulsen erregt, und erst nach langen Forschungen hat man, wie in „Reclams Universalum“ ausgeführt wird, die wunder-bare Wirkung dieser Nerven erkannt und damit auch die Entstehung des Herzklopfens erklärt. Es sind zwei Nerven, die auf das Herz einwirken. Der eine ist ein äußerst weit im Körper verzweigter Nerv, der deshalb Vagus, d. h. der Herumschweifende, genannt wird; er bewirkt die Verlangsamung des Herzschlages und heißt auch Nervus depressor oder der Verlangsamter. Der zweite Nerv, der den Herzschlag beschleunigt, wird als Nervus accelerans oder Be-schleuniger bezeichnet. Diese beiden Nerven halten sich nun bei der normalen Herztätigkeit das Gleichgewicht. Wird aber durch Alkohol oder durch Nikotin der Vagus gelähmt, so gewinnt der beschleunigte Nerv die Oberhand, und es tritt damit das Herzklopfen auf. Diese Erkenntnis hat sich die Chirurgie zunutze gemacht, und man hat bereits Durchschneidungen des Vagus durchgeführt, um die hemmende Wirkung dieses Nerven bei einem zu langsam schlagenden Herzen auf-zuheben und einen normalen Herzschlag zu erzielen.

Türkisch mit lateinischer Schrift! Die Türkei will mit aller Ge-walt ein modernes Land werden. Der Nationalvereinsammlung in Angora sagt jetzt ein Gesetz vor, das den Erwerb der arabischen Buch-staben, die bisher zur Niederschrift der türkischen Sprache verwandt wurden, durch römische Schriftzeichen verbietet. Es ist durchaus mög-lich, alle Laute der türkischen Sprache durch lateinische Buchstaben auszudrücken, und die Einführung der lateinischen Schrift wird nicht nur das Geschäftsleben, sondern auch die Erziehung der türkischen Jugend sehr vereinfachen.

Ludwig Bauer veranstaltet am Karfreitag einen Gesellschabend im Deutschenaal.

Reisenspiel im Neuen Theater am Zoo. Am Karfreitag 7½ Uhr findet eine einmalige Aufführung des Volksstückes „Die heilige Beronika“ von Ringel Rell.

Ein Verein der Freunde des Zoologischen Museums ist unter Vor-sitz des Direktors v. Sauer und des Prof. Sauer gegründet worden. Er wird durch Ausbesserung von Mitteln sowie durch Veranstaltung von Vor-trägen und Vorträgen die Aufgaben des Museums fördern.

Plattlande in Schweden. In der Nähe von Golenburg sind umfangreiche Plattlande gemacht worden.

## Neue Straßennamen.

Auch die Namen der Straßen kennzeichnen den Geist der Zeit. In der diese Straßen entstanden sind. Wie heiler und wanderstrotz stimmig es, wenn man als Fremder durch die Straßen und Gassen des alten Straßburg schlendert und sich plötzlich in der „Blauwolkengasse“ befindet. Wie heimlich berührt es, wenn man in alten Städtchen auf Straßen stößt, die ihre Namen nach den alten Gewerben haben, wie Fischer-, Müller-, Schuster-, Lohgerber-, Knochenhauer-, Gewand Schneider-, Siederstraße. Die ältere „neue“ Zeit ist mit der Straßennamen nicht gerade glücklich gewesen. Jedes kleine Dorf mußte seine Kaiser-Wilhelm-Straße haben. (Groß-Berlin hat jetzt über ein Dutzend dieser noblen Straßen.) Dabei kamen Bandwurmmännern wie diese zustande: Prinz-August-von-Württemberg-Straße, Kaiser-Franz-Orenador-Platz und ähnliche. Vergeblich waren die Bemühungen der neuen Städtebauer und Heimatfreunde, wieder einen volkstümlichen Ton in die Straßennamen einzubringen. In Dahlem ist das zum Teil gelungen, da gibt es Straßen, die Dohnenstieg, Am Eisenbusch, Am Winkel, Am Hirschsprung heißen. Was leistet nun die neueste „neue Zeit“ an Straßennamen? Soeben hat der Polizeipräsident der Neubenennung einer Anzahl von Straßen zugestimmt. Da finden wir in der Siedlung Eichwalde Eifergrund, Krähenshorst, Reinweg, in Schulzendorf eine Straße Am Waldwinkel, Halenfelde bei Spandau hat einen Rappelmweg und einen Schenweg. In der Siedlung Ruhleben ist ein Waidhölzchenweg und ein Waidhölzchenweg entstanden, was aber eigentlich beides dasselbe ist, denn unser Waidhölzchen wird im Osten des Reiches auch Waidhölzchen genannt. Ganz östlich, d. h. ostpreussisch wird es in den zu beiden Seiten der Heerstraße gelegenen neuen Straßenzügen, die die Namen Traufelstein, Stallpöhlen-, Heilsberg-, Insterburg-, Kranz-, Stuhl- und Ursallee führen. Philosophisch-positivistisch wird man in Schmiedewitz, das sich eine Schopenhauerstraße zugelegt hat. Unverständlich mag es vielen sein, warum in der Nähe der Siemenswerke in Siemensdamm eine Straße den Namen „Hefner-Alte“ Straße führt. Der Träger dieses Namens aber war einer der bekanntesten von 1867-1890 bei Siemens und Halske tätigen Konstruktions-Ingenieure. „Hefner-Alte“ wurde nach ihm seit 1883 die zur allgemeinen Benutzung gelangte Lichtleinheit (Normalkerze) genannt. In der Siedlung der Beamten-Begegnung der Reichsmontopolverwaltung in Mariendorf aber hat eine Straße den Namen, wenn auch richtiger weingelblicher Namen Montopolstraße erhalten. Vergeblich aber sucht man nach Straßennamen, die unser Interesse erregen könnten. Für Straßen, die an die Berufsbelegung, die Staatsänderung, die Werte der Zukunft erinnern und mahnen, ist offenkundig in der Hauptstadt des deutschen Volksstaates kein Raum.

## Schwere Explosion bei Schering.

### Eine Arbeiterin getötet.

Im Laboratorium der Chemischen Fabrik von Schering u. Co. am Tegeler Weg, Charlottenburg, ereignete sich heute vormittag eine schwere Explosion, die einer Arbeiterin, Anna Hein, das Leben kostete. Sämtliche Fenster Scheiben des Raumes wurden zertrümmert, die Einrichtung zum Teil zerstört. Angestellten wurden durch umherfliegende Glassplitter verletzt. Die Explosion rief einen Brand hervor, der sich rasch ausbreitete. Unter großer Anstrengung gelang es der Berliner Feuerwehr, den Brand einzudämmen. Der Schaden ist sehr beträchtlich.

## Nachwehen des Arztstreiks.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß der Ausgang des Arztstreiks gegen die Krankenkassen zu lebhaften Auseinandersetzungen unter den am Streik beteiligten gewesenen Ärzten geführt hat. In einer Ärztenversammlung, die von Groß-Berliner Ärzten einberufen war und bei außerordentlich harter Beteiligung stattfand, hatten die Führer gegenüber der Opposition einen schweren Stand, und sie mußten sich gegen heftige Angriffe wehren. Sie sollen jetzt dafür büßen, daß es trotz aller Bemühungen nicht gelungen ist, durch den Streik die Krankenkassen zu zertrümmern. Die kassenfeindlichen Ärzte hatten willige Bundesgenossen in den Kommunisten gefunden, deren Zerfährungsgeist nach einem neuen Opfer verlangte und sich gegen die Krankenkassen richtete. Auch in der Ärztenversammlung trat die Mitwirkung der Kommunisten hervor, aber die frühere Freundschaft, die der Arztbund in den Wochen und Monaten des Streiks sich so gern hatte gefallen lassen, ist in Feindschaft umgeschlagen. Der hoch richterlich jetzt gegen die Leitung des Groß-Berliner Arztbundes und seiner wirtschaftlichen Abteilung, weil sie verständigerweise sich auf einen Waffenstillstand mit den Krankenkassen eingelassen hat und zum Abschluß eines Friedens bereit ist. In der Versammlung gelang es nach stürmischen Debatten den Führern des verlorenen Arztstreiks, nach einem blauen Auge davonzukommen und eine Resolution zu ihren Gunsten durchzubringen. Darin wird ihnen, „Vertrauen“ ausgesprochen, aber die „Erwartung“ geküßelt, daß „bei den bevorstehenden Vertragsverhandlungen Wege gefunden werden, wesentliche Änderungen der vorläufigen Richtlinien für den Vertrag zu erreichen“. Die Resolution läßt erkennen, daß die Krankenkassen, Ambulatorien, die in der Zeit des Arztstreiks eingerichtet wurden und nach dem Friedensschluß weitergeführt werden sollen, den im Streik unterlegenen Ärzten sehr unangenehm sind. Auch werden sie sich gegen die Reichsleiter, d. h. gegen die Ärzte, die den Krankenkassen treu blieben und dafür sorgten, daß die Kassenmitglieder nicht den übertriebenen Forderungen der nur gegen sofortige Bezahlung behandelnden Ärzte mehr als ausgesetzt waren. Sie bedauern, daß die Ambulatorien und die Reichsleiter nicht beim Abschluß des Waffenstillstandes beteiligt worden sind.

## Die Hauszinssteuer.

Der Preussische Minister für Volkswirtschaft hat im Einvernehmen mit dem Preussischen Finanzminister unter dem 15. April 1924 angeordnet, daß die Hauszinssteuer, die gemäß § 2 der Preussischen Steuernotverordnung vom 14. Februar 1923 und seiner Änderungen veranlagt ist, von der Vermietung von Grundvermögen befreit, von Vermietern neben der gesetzlichen Miete nach dem Verhältnis der Friedensmiete auf die selbständigen Wohnungen oder die selbständigen Räume anderer Art umgelegt werden kann. Hierbei sind auch Räume zu berücksichtigen, für die nicht die gesetzliche Miete gezahlt wird oder die nicht vermietet sind. In Häusern mit Sammelheizung und Warmwasserversorgung sind für die Berechnung der der Umlage zugrunde liegenden Friedensmiete von der am 1. Juli 1914 vereinbarten Miete zunächst die Kosten der Sammelheizung mit 9 Proz. und für Warmwasserversorgung mit 3 Proz. abzuziehen. Das gleiche gilt für sonstige in der Friedensmiete enthaltene Vergütungen gemäß IV 2 a der Preussischen Ausführungsbestimmungen zum Reichsmietengesetz vom 4. August 1923. Infolge ausdrücklicher Bestimmung in § 26 Ziffer VI der Dritten Reichssteuernotverordnung bleibt der Vermieter auch im Falle der Steuerermäßigung nach § 2 Absatz 4 oder nach den §§ 3 und 4 der Preussischen Steuernotverordnung berechtigt, einen der vollen Steuer entsprechenden Betrag umzulegen.

Im Zoologischen Garten findet täglich ab dem Eingangstafel der Ver-  
lemt von Dauerlasten 60. Die Karten berechnen zum Eintritt vom  
1. Okt. oder 1923 bis zum 30. September 1924. Preis für Erwachsene 50 P.  
Kinder unter 16 Jahren die Hälfte.

## Die Geschäftsführung des Gemeindevorstehers.

### Sturz einer Säule der Deutschnationalen in Neu-Zittau.

In Neu-Zittau bei Oetzer wurde die Amtstätigkeit des ehrenamtlichen Gemeindevorstehers Gelbrecht seit längerer Zeit bemängelt. Schon vor zwei Jahren richteten gegen ihn in der Gemeindevertretung die Vertreter der Sozialdemokratie schwere Angriffe, aber die von ihnen um Entscheidung gebetene staatliche Aufsichtsbehörde nahm ihn in Schutz. Seine Geschäftsführung wurde dann so, daß schließlich niemand mehr sich in den Kassenbuchungen zurechtfindet. Eine im Februar 1924 von der Gemeindevertretung eingesetzte Kommission prüfte die Kasse und stellte fest, daß der Herr Gemeindevorsteher in eigenartiger Weise Buch geführt hatte. Da gab es doppelte Buchung desselben Postens, da standen Einnahmen unter Ausgaben und umgekehrt, da fand man Belege ohne Angabe des Zahlungszweckes (etwa in dieser Art: 100 Millionen aus der Kasse entnommen — Gelbrecht). In der Zeit vom November 1923 bis zum Februar 1924 waren keine Eintragungen mehr gemacht, so daß der Verbleib des Geldebetrages nicht zu ersehen war. In den von der Gemeindevertreterversammlung vom 16. März fast einstimmig gefassten Mißtrauensbeschlüssen gegen den Gemeindevorsteher Gelbrecht beteiligten sich auch Parteifreunde von ihm, Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei, zu der er gehört. Ein Bürgerrevier wurde mit nochmaliger Prüfung der Kasse betraut, aber Herrn Gelbrecht brachte das alles nicht aus dem Gleichgewicht.

Die erneute Beschwerde beim Landrat schien zunächst wieder keinen Erfolg haben zu sollen. Zwar kam am 25. März der Landrat aus Beeslow in eigener Person nach Neu-Zittau, um an Ort und Stelle die Amtstätigkeit des von ihm bisher geschützten Gemeindevorstehers zu prüfen. Inzwischen hatte Herr Gelbrecht unerlässliche Eintragungen nachgeholt. Auch der Landrat konnte ihm jetzt nicht mehr bestätigen, daß alles in Ordnung sei. Besucht wird die Geschäftsführung dieses Gemeindevorstehers u. a. durch die Tatsache, daß er die abgestohlene Jahresabrechnung der Gemeindeverwaltung nicht für die Gemeindeglieder zur Einsichtnahme auslegen zu müssen glaubte, wie die Landgemeindeordnung es vorschreibt. Herr Gelbrecht scheint auch in anderer Hinsicht von den Verpflichtungen und Befugnissen eines Gemeindevorstehers keine Ahnung zu haben; beispielsweise hat er für eine Befehlsung, die er einem Einwohner ausfertigte, 50 M. erhoben, obwohl sie unentgeltlich zu geben war. Aber alle Feststellungen waren dem Landrat noch nicht Anlaß genug, gegen den Gemeindevorsteher Gelbrecht sofort einzuschreiten. Es wurde nötig, daß zwei der Gemeindeglieder, darunter ein Sozialdemokrat, sich an den Regierungspräsidenten wendeten. Danach kam endlich der Stein ins Rollen, und Herr Gelbrecht ist nunmehr angewiesen worden, seine Amtstätigkeit bis auf weiteres einzustellen.

Der weiteren Entwicklung dieser Affäre sieht man in Neu-Zittau mit begrifflicher Spannung entgegen. Den Deutschnationalen dürfte der Sturz des Gemeindevorstehers, der solange ihr Vertrauen gehabt hat und vom Landrat geschützt worden ist, sehr unangenehm kommen. Die staatliche Aufsichtsbehörde wird nun dafür zu sorgen haben, daß in die Geschäftsführung des Gemeindevorstehers Gelbrecht gründlich hineingeleuchtet und danach rücksichtslos „das Erforderliche veranlaßt“ wird.

## Unsere Wählerversammlungen.

Am gestrigen Mittwoch fanden vier große und sehr gut besuchte öffentliche sozialdemokratische Wählerversammlungen statt. In der Schulaula in der Bergmannstraße sprach Genosse Rietisch, der die Bedeutung der Reichstagswahlen für die deutsche Arbeiterchaft in das rechte Licht setzte und unter Beibringung eines reichen und interessanten Materials ausführte, daß es für den darbenden Arbeiter, Angestellten und Beamten gar nicht zweifelhaft sein könne, ob er am 4. Mai seine Stimme der Sozialdemokratie oder der deutschnationalen Partei zu geben habe. — In Bichterfelde referierte Genosse Südemann, der den Radikalismus von links und von rechts einer vernichtenden Kritik unterzog. An der Diskussion beteiligten sich völkische und kommunistische Redner, und die Versammlung kamte unter Heiterkeit die schöne Harmonie zwischen deutschnationalen und Kommunisten feststellen. — In Baumshufenweg sprach Genosse Rauter. Seine Ausführungen über die große Gefahr, die der Republik drohe, wenn im neuen Reichstag deutschnationaler Trumpf wird, und sein Hinweis, daß allein die positive Arbeit der Sozialdemokratischen Partei den Wiederaufbau Deutschlands fördern könne, fanden lebhaften Beifall. In der Diskussion hörte man die ablehnendsten und abgedroschenen Thesen der Kommunisten, so daß Genosse Rauter mit Recht im Schlußwort sagen konnte, die Kommunisten müßten sich Gramophone und Matten kaufen, die sie bei der nächsten Reichstagswahl auch noch gebrauchen könnten. — In der Wanteufelstraße sprach Genosse Dr. Jochim in einer Beamtenversammlung über: „Beamte, Republik und Reichstagswahl.“ Unser Genosse wies darauf hin, daß Beamte und Republik aufeinander angewiesen seien und daß nur eine siegreiche aus der Wahl hervorgehende Sozialdemokratische Partei die Beamten schützen und unterstützen könne. In der Debatte meldete sich ein Vertreter der U.S.P.D., der das Verhalten der U.S.P.D. im Ruhrkampf und in der Steuerfrage demängelte. Genossen Jochim war es ein leichtes, seine Behauptungen zu widerlegen.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

**Vermißt.** Der 63-jährige Lichter Friedrich Dräger aus der Rammnstr. 89, ist von einem Ausgange am Sonntag, den 13. April, nicht zurückgekehrt. Er war bekleidet mit grauem Anzug aus Militärstoff und blauer Schirmmütze. Mitteilungen über den Verbleib des Vermißten werden an die Ehefrau erbeten.

**Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin.** Sonntag, den 20. April, päpstlich 9½ Uhr nachmittags, im Saal des Hotel Charlottenburg: Torquato Tasso von Goethe. Karten zum Preise von 1,10 M. sind zu haben im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, Gewerkschaftshaus, Lindenstr. 2, im Bürgerrevier (von Horlich) Engelstr. 24/25 (Gewerkschaftshaus), sowie bei allen Mitgliedern der Bezirksbildungsausschüsse. — Die angelegte Aufführung von „Peer Gant“ mußte auf Grund technischer Schwierigkeiten auf Sonntag, den 11. Mai, verlegt werden. Die für diese Vorstellung angegebenen Karten behalten Gültigkeit für die „Tasso“-Aufführung. Für den 11. Mai geben wir neue Karten heraus. — Am Sonntag, den 27. April, vormittags 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus: Proletarische Festerunde. Karten zum Preise von 80 G. sind zu haben im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, Bürgerrevier Lindenstr. 3, Gewerkschaftshaus Lindenstr. 2, im Bürgerrevier von Horlich, Engelstr. 24/25 (Gewerkschaftshaus), sowie bei sämtlichen Mitgliedern der Bezirksbildungsausschüsse.

Das neue große Erdbeben, das nach den bisherigen Feststellungen sich in dem Küstengebiet des Stillen Ozeans ereignete, hat nach Meldungen aus Santiago de Chile die Küste Amerikas nicht berührt. Es scheint sich lediglich auf dem Grunde des Meeres abgespielt zu haben. Weitere Erdstöße werden aus Koncalteri in der Nähe von Turin sowie in Mailand und Florenz gemeldet. Man nimmt an, daß es sich um die Rückwirkungen von Erdstößen in weit abliegenden Gebieten handelt.

5. Bundestag des Arbeiter-Eperantobandes. Während der Osterferien dieses Jahres werden sich in Chemnitz die Vertreter der Arbeiter-Eperantobewegung zum 5. Bundestag des Arbeiter-Eperantobandes für das deutsche Sprachgebiet zusammenfinden.

## Storbefehl der Groß-Berliner Partei-Organisation

97. St. Rauter, Herr Wilhelm Rauter, Bornstraße 176, ist am 14. April verstorben. Die Einsegnung findet heute, Donnerstag, den 17. April, abends 7 Uhr, in Sankt-Johannes-Kirche statt.

## Gewerkschaftsbewegung

### Der drohende Hochbahnerstreik.

Eine Versammlung der im Deutschen Verkehrsbund organisierten Verkehrsbediensteten am 11. April beschloß sich mit den Lohnverhandlungen. Die Handwerker, Angelernten und Angelernten bei der Hochbahn forderten eine Lohnerhöhung von 12 Pfennig. Die Löhne betragen in der Spitze 51, 47 und 44 Pf. Das Fahrpersonal forderte eine monatliche Gehaltserhöhung von 25 M. Die Direktion lehnte — wie üblich, möchte man sagen — jedwede Lohnaufbesserung ab. Durch Schiedsspruch wurden dann den Handwerkern 5 Pf., den Angelernten 4 Pf. und den Angelernten 3 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde zugesprochen, so daß die Stundenlöhne in der Spitze nunmehr betragen würden: für Handwerker 56 Pf., für Angelernte 51 Pf. und für Angelernte 47 Pf. Die Hochbahner betrachten diesen Schiedsspruch als unannehmbar und lehnten ihn ab.

Der Schiedsspruch wurde am Dienstag jedoch für verbindlich erklärt. Die Lohnregelung entspreche bei gerechter Abwägung der Interessen beider Teile der Billigkeit und ihre Durchführung sei aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen erforderlich. Die festgesetzten Löhne seien zwar nicht ganz auf der Höhe der Löhne und Gehälter in manchen Industriezweigen, bedeuten aber doch eine Aufbesserung. Bei der Wichtigkeit des Hochbahnbetriebes sei es geboten, den Schiedsspruch für verbindlich zu erklären.

Für die Wichtigkeit des Hochbahnbetriebes ist nun aber entscheidend, daß er im Gange ist. Die Arbeiter und Angestellten der Hochbahn können am besten beobachten, daß der Geschäftsgang bei der Hochbahn geradezu glänzend ist. Während der Hauptverkehrszeiten werden die Fahrgäste in den Wagen der Hochbahn in einer Weise zusammengepresst, die geradezu menschenunwürdig ist. Die Hochbahndienstlichen ziehen aus der Verkehrsstille den nahe liegenden Schluß, daß die Gesellschaft sehr gute Geschäfte macht. Sie beanspruchen daher für sich auskömmliche Löhne.

Die Funktionäre der Hochbahnbetriebe hatten den Schiedsspruch nicht aus abgelehnt, mit der Motivierung, daß sie ihn nicht für wert erachten, ihn der Gesamtheit zur Entscheidung vorzulegen. Die Belegschaft hat jetzt entschieden. Sie will durch den Streik, der den Verkehr während der Feiertage stillzuliegen droht, und dann auch darüber hinaus eine über den Schiedsspruch hinausgehende Lohnerhöhung erkämpfen. Noch hat die Direktion Zeit, in erneuter Prüfung der Sachlage festzustellen, ob sie ihren Angestellten nicht über den Schiedsspruch hinaus entgegenkommen kann. Zeigt sie das nötige Entgegenkommen, an dem sie bisher noch niemals ein Lebermaß befunden hat, dann werden auch die Hochbahner eine erträgliche Regelung dem Streik vorziehen. Es hat keinen Sinn, wenn die Hochbahndirektion sich auf ihren Schein, den verbindlichen Schiedsspruch, versteifen wollte, ohne auch nur den Versuch zu machen, in letzter Stunde zu einer Einigung zu kommen. Aber auch die Hochbahner werden sich sagen müssen, wenn der Schlichter den Schiedsspruch trotz ihrer Ablehnung für verbindlich erklärt hat, er es nicht getan hat, um etwa ihre Interessen zugunsten der Interessen der Hochbahngesellschaft zu mißachten, sondern aus Gründen, die in dem Streit doch auch eine Rolle mitspielen.

Die Hochbahner sind entschlossen, die Dinge an sich herantommen zu lassen und ihren Streikbeschlüssen durchzuführen. Sie werden jedoch zweifellos mit sich reden lassen — so lange es noch Zeit ist, um für ihren Teil an einer Beilegung der Differenzen mitzuwirken. Das Publikum verlangt von ihnen, kein Verkehrsinteresse zu berücksichtigen und damit ein besonderes Verantwortungsgefühl. Da die Hochbahngestellten aber auch sich selber und ihren Familien gegenüber verantwortlich sind, muß die Öffentlichkeit auch von der Hochbahndirektion erwarten, daß sie nichts unversucht läßt, um den Wünschen ihrer Angestellten gerecht zu werden. Mit Deklamationen über die Rechtslage ist es nicht getan, auch nicht mit der Drohung, die Konsequenzen aus dem Vertragsbruch zu ziehen, den nach Auffassung der Direktion der Streik darstellt. Verständigung ist das Gebot der Stunde!

### Neue Löhne bei der Straßenbahn.

Durch Vereinbarung zwischen dem deutschen Verkehrs- und dem Metallarbeiterverband und der Straßenbahn G. m. b. H. sind die Stundenlöhne ab 1. April wie folgt festgesetzt: Handwerker 54 Pf., Angelernte 47 Pf., Fahrer 49 Pf., Schaffner 47 Pf., Angelernte 42 Pf., Reimnachfahren 30 Pf. Diese Löhne gelten für Arbeiter über 24 Jahre. Die Frauenzulage beträgt für Verheiratete mit eigenem Haushalt 3 Pf.; die Kinderzulage ebenfalls 3 Pf. Einmannfahrer erhalten für die Stunde eine Zulage von 2 Pf. Die Erhöhungen betragen gegenüber den bisherigen Löhnen für Handwerker 14 Proz., Angelernte und Schaffner 11 Proz., Fahrer 16 Proz., Angelernte 13 Proz. Die Parteien haben sich im zustimmenden Sinne erklärt.

### Der Warenhausstreik noch nicht beendet.

Bei den gestern geführten Verhandlungen im Warenhausstreik lehnte die Firma Jandorf den Abschluß eines Gehaltsabkommens mit der freien Angestellten-Gewerkschaft mit der Motivierung ab, daß die Firma in keinem Verhältnisverhältnis mit der F.A.G. steht und deshalb auch keine Verhandlung habe. Aber die Festlegung von Gehältern zu verhandeln. Der Vorsitzende der Schlichtungskammer stellte daraufhin der F.A.G. anheim, die Verbindlichkeitsklärung eines für den Zoll gefällten Schiedsspruches auch für sich zu beantragen. Eine Streikversammlung beschloß, im Streik zu verharren.

### Urabstimmung in den Brauereien.

Um eine Vereinbarung, die zwischen dem Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter und dem Arbeitgeberverband der Brauereien zustande gekommen war und die eine wöchentliche Lohnerhöhung von 2 M. und für die Sommermonate die Leistung einer täglichen Ueberstunde unter Zahlung eines zehnprozentigen Aufschlages vorsah, fand eine Urabstimmung unter den beteiligten Arbeitnehmern statt. Die Vereinbarung wurde mit 3987 gegen 439 Stimmen abgelehnt. Die Ortsverwaltung hat daraufhin neue Verhandlungen mit der Arbeitgeberorganisation eingeleitet.

### Die Buchdruckerbewegung beendet.

In Breslau kam es gestern abend zwischen Besetzern und Streikenden zu einer Einigung. Die durch Schiedsspruch festgesetzten Löhne erfahren infolgedessen eine Änderung, als die ursprünglich mit Wirkung vom 3. Mai vorgesehene Erhöhung von 150 Mark bereits vom 19. April abgezahlt und für die Stadt Breslau auf 2 Mark für alle beschäftigten Buchdrucker erhöht wird. Die Mitarbeiter erhalten einen entsprechenden Anteil. Außerdem wird eine einmalige Beihilfe gewährt, deren Höhe mindestens 25 Prozent des Wochenlohnes beträgt. Wahrgetzungen finden nicht statt. Auch in München ist der Streik gestern abend beigelegt worden, nachdem eine Zulage von zwei Mark pro Woche bewilligt wurde.

**Tariffagen der Herrenkonfektion.**

In der Mitgliederversammlung der Herrenkonfektionsbranche gab Branchenleiter Albe den Jahresbericht. Danach mußten 23 Lohnbewegungen geführt werden. Trotzdem konnte am Schluß des vergangenen Jahres der Lohn die notwendige Höhe nicht erreichen. Redner schilderte die Schwierigkeiten, die während der Konfektionszeit zu überwinden waren. Im Vordergrund aller Erörterungen standen die Verhandlungen über den Reichstarif der Herrenkonfektion. Es wäre falsch, wenn man mit einer Voreingenommenheit den neuen Reichstarif beurteilen würde, wie es von gewisser Seite geschieht. Eine Betriebsräteversammlung am 21. März nahm ebenfalls Stellung zum Reichstarif, und sie stellte sich auf den Standpunkt, ihn in seiner jetzigen Fassung anzunehmen. Für die Anwendung der Serien ist nach Ansicht der beiderseitigen Hauptvorstände zu verlangen, daß der Lohn für die Stückarbeit einschließlich Extraarbeiten sich nicht niedriger stellt als der jetzige Lohn für die gleiche Arbeit.

Wenn sich bei Einführung des Reichstarfs in der Serienanwendung Unzulänglichkeiten herausstellen, soll unter Hinzuziehung von Ortsvertretern eine Nachprüfung durch die Hauptvorstände erfolgen. Ungeregt sind bis heute nur noch die Lohnfragen und das Datum des Inkrafttretens des Vertrages. Beide Dinge werden sofort nach Ostern erledigt.

Für die Zuschneider der Herrenkonfektion ist ebenfalls ein Manteltarif zustande gekommen. Da bisher für die Zuschneider überhaupt noch kein Tarif bestand, ist das als ein großer Fortschritt zu verzeichnen.

In der Diskussion wurde allgemein gefordert, daß der Tarif schnellstens zur Ausführung gelangen möge.

Die bisherige Branchenkommission wurde einstimmig wiedergewählt, desgleichen als Branchenleiter Albe. Alle Gewählten stehen auf dem Boden der Amsterdamer Richtung.

**Die Bewegung in der Filmindustrie.**

In der Vollversammlung der Filmgewerkschaft am Mittwochabend berichtete Tieleman über die letzten Tarifverhandlungen. Der gefällte Schiedsspruch wurde in einer Urloosstimmung Anfang April abgelehnt; damit wurde aber nicht gefügt, daß eine tariflose Zeit vorgezogen wird. Die Arbeitgeber haben nun beim Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeitserklärung beantragt. Von der Verhandlungskommission der Arbeitnehmer ist inzwischen erneut versucht worden, die tariflose Unstimmigkeiten zu klären. Es ist erreicht worden, daß die Unternehmer auf die 10stündige Arbeitszeit für Arbeiter verzichten. Je nach der Wirtschaftlichkeit des Betriebes beträgt die Arbeitszeit bis zu 54 Stunden bei normaler Entlohnung. Für jede weitere Stunde wird ein Zuschlag von 25 Proz. gezahlt. Als Urlaubstage gelten nur die Werkstage. In der Diskussion sprachen sich die Redner gegen den Schiedsspruch aus und empfahlen die Ablehnung. Eine Urabstimmung in den Betrieben bringt nun die letzte Entscheidung, ob der geänderte Schiedsspruch angenommen oder abgelehnt wird.

Der Schiedsspruch in der Damenmohrbranche, über den wir in der Mittwochnachmittagausgabe berichteten, wurde von den Arbeitgebern abgelehnt. Die Organisationsleitung hat daher die Verbindlichkeitserklärung des von der Damenmohrbranche des Befriedigungsarbeiterverbandes angenommenen Schiedsspruches beantragt.

Zum Stiel in der Stuck- und Gipsbranche ist richtiggestellt, daß es sich dabei nicht — wie in unserem Bericht in der heutigen Morgenausgabe infolge eines Druckfehlers angegeben ist — um eine Firma Heitz Weber in Leipzig mit handelt, sondern um die Firma Heitz Weber in Steglitz.

Die Brauerarbeiter in Rheinland-Westfalen sind am 16. April in den Streik getreten, da die Arbeitgeber eine 30prozentige Lohn-erhöhung auf Anweisung ihrer Spitzenorganisationen nicht bewilligen wollten.

Aussperrung in der sächsisch-thüringischen Textilindustrie. Obgleich die am Sonnabend in Glauchau gepflogenen Verhandlungen zu einer Verständigung geführt haben, ist am Montag die Arbeit in Meerane und in Glauchau nicht aufgenommen worden. Die daraufhin verhängte Aussperrung dauert an, ebenso in Pösch-n-e-d. Am Montag wurde in der Hauptversammlung des Verbandes der sächsisch-thüringischen Webereien in Greiz beschlossen, die Aussperrung auf den ganzen Verbandsbezirk auszudehnen, wenn bis zum 23. April die Arbeit in den drei in Betracht kommenden Orten nicht aufgenommen worden ist.

Konflikt im englischen Baugewerbe. Man befürchtet gegenwärtig einen neuen Ausstand im Baugewerbe. Die Arbeitgeber haben den Gewerkschaften ihr Verlangen mitgeteilt, daß in Zukunft die Arbeitszeit von 44 auf 46 Stunden ausgedehnt werde. Die Gewerkschaften haben jedoch einstimmig beschlossen, diesen Befehl unbeachtet zu lassen. Man weiß noch nicht, ob die Arbeitgeber mit einer Aussperrung antworten werden.

Das Ortsratsamt Berlin des NW-Bundes hält seine Büreauräume vom 18. bis einschließlich 22. April geschlossen. Deutscher Werkmeister-Verband. Die Geschäftsstelle des Bezirks X, Stralauer Str. 56, bleibt am Sonnabend, 19. April, geschlossen. Angehörige im Sporthandel. Für April sind die Gehälter in einzelnen Gruppen nach gegenseitiger Uebereinkunft erhöht worden. Gehaltsstarve sind im Zentralverband der Angestellten vom heutigen Tage ab erhöht. Laut Vereinbarung wird den Angestellten vor Ostern ein Bonus in gewöhnlicher Höhe gewährt, der bei der Gehaltszahlung am 25. April in Abzug gebracht wird.

Rechnungswesen für Volkshilfe: Groß Reuter; Wirtschaft; Neues Vaterland; Gewerkschaftsbewegung; J. Steiner; Neuland; Dr. John Schlimm; Solches und Sonstiges; Feig Korff; Anzeigen; L. Gled; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagdruckerei und Vertriebsamt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 1.

**Die Firma Carl Zobel so. Köpenicker Straße 121**  
ist und bleibt **(Ecke Michaelkirchstraße)**

**eine der vorteilhaftesten Bezugsquellen Berlins**  
**für wirklich gediegene Herrenkleidung fertig und nach Maß**

Größte Auswahl!      Wirklich billige Preise!      Schicke Fassons!

**Gardinen**  
Sonderangebote - Gelegenk. - Käufe in Resten Stores, Bettedecken, Matras und Kissen Gardinen.  
Social-Gardinerwerbshaus Neukölln, Bergstr. 67 am Kirchhaink.

**Frühjahrs Neuheiten** in Damenmänteln und Kostümen neue eleg. Formen in allen Größen  
Arbeitsstube Fr. E. Karthäuser, Neukölln, Jägerstr. 60 Teilzahl. gestattet

**Altes Spezialgeschäft** in Anneliehor-Schloß-Belle-Deuden Er-folgen Strümpfen Stries in billigt. Lagerp. **Gebrüder Pfäume** Berlin SW. Friedrichstr. 205 Ecke Glimmerstr.

**Das Problem ist gelöst**



Durch Ausschaltung des Zwischenhandels u. Selbstherstellung

**Die beste Ware zu billigstem Preis!!!**

**Anzüge** in den neuen Frühjahrs-mustern 110, 76, 82, 48, 36 **29.-**

**Sport-Anzüge** 110, 76, 82, 48, 36 **36.-**  
Eleg. Form. m. Brech. od. lang. Hose 74, 68, 84, 48

**Frühjahrmäntel** 110, 76, 82, 48, 36 **34.-**  
Tailenform, Schlüpf u. Paletots 72, 64, 82, 46

**Gummi-Mäntel** 110, 76, 82, 48, 36 **18.-**  
Schlüpf u. Tailenform 59, 32, 27, 23

Erstklassige Maßschneiderei zu niedrigen Preisen.

**Gottlieb Weis**  
Gegr. 1892  
**Schöneberg, Hauptstr. 161**

**Strickjackets, Strandjacken, Sportwesten, Sportjacken**  
aus reiner Wolle in allen Farben, sowie Blusen  
kaufen Sie am besten und billigsten **direkt vom Fabrikanten**  
Wiederverkäufer u. Sportvereine erhalten besondere Preise. / Kein Ladenverkauf  
**Grüssner & Co., Neuk., Sanderstr. 27**

**Gardine**  
130 Br. r. Wolle, sowie Vorrat **6.75, 9.10**  
Kostüm-, Kleider-, Futterstoffe bedeutend unt. Preis.  
**Haarpuder** Schöneberg, Goltzstr. 2 a. d. Grunewaldstr.

**Ruhebetten** 20 M.  
**Klubgarnit.** 170 M.  
**Chaiselong-decken** 12 M.  
Neukölln, Anzengruberstr. 2

**Reste-Haus C. Pelz**  
Kottbuser Str. 5

Anzugstoffe  
Kostümstoffe  
Mantelstoffe  
Kleiderstoffe  
Seidenstoffe  
Mäntel, Kostüme  
Höcke  
2% Rabatt!

**Bettwäsche**  
Wäschestoffe  
Leibwäsche  
Tischwäsche  
Frontierwäschche

Deckbettbezüge  
Kopfkissen  
Bettsaken  
Inlette  
Handtücher  
Hermentuche  
Damaste  
Dimmi, Lina  
Züchen, Nessel  
Kaffendecken  
Königstendecken  
Tischtücher  
Servietten  
Wäscheabrik  
**S. Einhorn**  
Neukölln  
Bernhardsstraße 31  
a. d. Hermannstr.

**Volkfleidung! Hosen**  
für Sport, Beruf und Straße.  
Mauschler-Haus, G. Loden- und Gummiwandtel.  
Tuzüge für Herren u. Knaben.  
Jenden & Soden & Unterhofen.  
Her geht, solche Vorr. billige Preise.

**Berufsfleidung! Gerhard Kohnen**  
Neukölln  
**Hermannstr 75-77.**

**Stoppdecken**  
preiswert, direkt Fabrik  
Bernhard Strohmandel,  
72 Walter 72 Spittelmarkt,  
S. Gendel u. Nibelsburg, Pl. 2  
Witz-Stoppdecken werb. aufgeth.

**Zum Osterfeste**  
außergewöhnlich billige Preise  
**Mäntel, Kleider, Kostüme und Blusen**  
Vorzeiger dieses erhält 5% Rabatt.  
**Besichtigung ohne Kaufzwang**  
**Kaufhaus Gebr. Preuß,**  
Beusselstr., Ecke Huttenstr. (Moabit), verl. Turmstr.

**Hecht** Tabakwaren-geschäft  
Zigarren, Zigaretten,  
Tabak billig  
**Lindenstr. 81**

**KOPP & JOSEPH'S**  
**räuter - Franzbranntwein**  
Überall erhältlich

**Nicht irren, auf Firma achten!**

**Aufsehen erregend!**  
**Wie immer fabelhaft billig!**

**Anzüge Mäntel Hosen**  
Melton, Homespun, in guten Qualitäten, prim a Zitaraten      Homespun, große Auswahl, nur beste Qualitäten, gute Verarbeitung      Buckskin, gediegene Stoffe, größte Auswahl

**21<sup>50</sup>      17<sup>50</sup>      3<sup>90</sup>**  
29.<sup>50</sup> 38.- 65.- 78.- 95.-      27.<sup>50</sup> 38.- 65.- 78.- 95.-      6.<sup>50</sup> 8.- 11.- 17.-

**Kauterleichterung** durch Anzahlung. — Angerzahlte Waren werden **kostenlos bis Pfingsten aufbewahrt.**

**Berufs - Kleidung enorm billig! : Knaben-Anzüge fabelhaft billig!!!**

**HUGO SIMON**  
SPEZIALHAUS FÜR ERSTKL. HERREN-KLEIDUNG  
**133 CHARLOTTENBURG 133**  
Wilmersdorfer Straße an der Bismarckstraße

**Nicht irren, auf Firma achten!**

**Läuferstoffe • Teppiche**  
in Velour, Bouclé, Kokos — Diwan-Decken

**Linoleum** als Zimmerbelag, Läufer, Teppiche in großer Auswahl  
**Kokos-Matten** in allen Qualitäten und Größen  
Ausführung jeglicher Linoleumarbeiten

**G. Bargende, Charlottenburg**  
Windscheidstr. 11 (Ecke Pestalozzistr.)      Wilmersdorfer Str. 79 (Alte Kurfürstendamm)  
Fernsprecher: Wilhelm 2730      Fernsprecher: Steinplatz 4194